

Hohensteiner Tageblatt

Erscheinung
Jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger pro Quartal Mt. 1.40; durch die Post Mt. 1.50 frei ins Haus.

Geschäfts-Anzeiger

Inserate
nehmen die Expedition bis Vorm. 10 Uhr sowie für Auswärts alle Austräger, d. h. alle Annoncen-Expeditionen zu Original-Preisen entgegen.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Leutersdorf, Seifersdorf, Erlbach, Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Grumbach, Callenberg, Tirschem, Ruhlschnappel, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Amtsblatt für den Verwaltungsbezirk des Stadtrathes zu Hohenstein.

Nr. 126

Sonnabend, den 3. Juni 1893.

43. Jahrgang.

Versteigerung.

Die zum Nachlasse der Christiane Wilhelmine verw. **Rother** geb. Schmidt in Hohenstein gehörigen Grundstücke, als:

1. das **Hausgrundstück**, Nr. 369 des Brandkatasters, Nr. 294a und 294b des Flurbuchs und Folium 227 des Grundbuchs für Hohenstein,
2. das **Feldgrundstück** (in der Nähe der Windmühle), Nr. 198 des Flurbuchs für Hohenstein und Folium 1020 des Grundbuchs für Oberlungwitz,

solten

am 7. Juni 1893, vormittags 11 Uhr
ertheilungshalber in dem unter 1 bezeichneten, auf der neuen Straße in Hohenstein gelegenen Hausgrundstücke meistbietend versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen sind an der hiesigen Gerichtstafel und im Gasthause zur Linde in Hohenstein angeschlagen.

Königliches Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal,
am 17. Mai 1893.

Constantin.

Tagesgeschichte. Deutsches Reich.

Berlin, 1. Juni. Dem Bundesrath wird morgen in seiner Plenarsitzung die Vorlage, betreffend die auf der internationalen Sanitäts-Conferenz zu Dresden am 15. April d. J. unterzeichnete Uebereinkunft, zugehen und den zustehenden Ausschüssen unterbreitet werden. Außerdem wird ein Antrag, betreffend die Wahl eines Mitglieds der Disciplinarkommission für Elsaß-lothringische Beamten und Lehrer in Straßburg, verhandelt, und durch mündlichen Ausschussbericht die Vorlage, betreffend die Anwendung der vertragmäßigen Zollsätze auf die Erzeugnisse der deutschen Colonien und Schutzgebiete, erledigt werden. Außerdem wird man sich über eine ansehnliche Zahl von Eingaben schlüssig machen und laufende Geschäfte abwickeln.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Am 5. d. M. wird in Bern eine Konferenz von Vertretern der am internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beteiligten Staaten zu dem Zweck stattfinden, die Bestimmungen dieses Uebereinkommens wegen der Beförderung solcher Gegenstände, die bis jetzt vom internationalen Verkehr ausgeschlossen oder dazu nur bedingungsweise zugelassen sind, auf Grund der in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen einer Durchsicht im Sinne möglicher Erleichterung zu unterziehen. Derartige erleichternde Vorschriften sind bereits zwischen einzelnen Vertragsstaaten, namentlich zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sowie zwischen Deutschland und Luxemburg vereinbart worden. Von deutscher Seite werden die Geh. Ober-Regierungsräthe Dr. Gerstner und Dr. von der Leven, Oberregierungsrath Hauck und Regierungsrath Dr. Köhler an den Verhandlungen Theil nehmen.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat das Wahlgesetz nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen. Es werden also künftig die Wahlen zum Abgeordnetenhaus die Urwähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden directen Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abtheilungen getheilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Urwähler fällt. Die von der konservativ-liberalen Mehrheit früher beschlossene Nichtanrechnung der den Betrag von 2000 Mt. übersteigenden Steuerbeiträge ist wieder beseitigt worden. Leider hat das Herrenhaus auch noch eine andere Aenderung vorgenommen, die nun gleichfalls aufrecht erhalten ist. Um der aus den neuen Steuergeetzen zu erwartenden abermaligen Verschiebung des Wahlrechts vorzubeugen, hatte die Regierung vorgeschlagen, daß die Bildung der Wahlerabtheilungen so erfolgen solle, daß von der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Urwähler fünf Zwölftel auf die erste Abtheilung, vier Zwölftel auf die zweite und drei auf die dritte Abtheilung entfallen sollten. Damit sollte einer Verschiebung des Wahlrechts zu Gunsten der Plutokratie vorgebeugt werden. Das Herrenhaus aber hat an Stelle der Zwölftelung wieder die jetzt zu Recht bestehende Drittelung gesetzt, und mit dieser ist das Wahlgesetz angenommen. Es kann nur bedauert werden, daß die Regierung nicht im Herrenhause energisichere Anstrengungen gemacht hat, um ihre Vorschläge aufrecht zu erhalten. Jetzt im Abgeordnetenhaus war man vor die Frage gestellt, ob, nachdem sich die konservative Partei entschlossen, für die Herrenhausbeschlüsse einzutreten, durch einen neuen Aenderungsversuch auch das Steuerreformwerk in Frage gestellt werden solle. In dieser Lage ist auch der wenig angenehme Ditteltweg hingenommen worden; denn die in letzter Stunde von Herrn Huene gemachte Erklärung, daß bei der Wiederherstellung der Zwölftelung auch die Centrumpartei dem Wahl- und Steuergeetze beistimmen werde, hatte wohl kaum mehr als eine taktische Bedeutung. Als bedeutsam ist dabei indessen die von dem Herrn Ministerpräsidenten abgegebene Erklärung zu bezeichnen, daß die Regierung sich mit der jetzt angenommenen Wahlgezetznovelle nicht die Verpflichtungen überhoben glaube, die sie bei Einbringung der Steuergeetze übernommen habe, jeder Verschiebung des Wahlrechts nach der plutokratischen Seite hin vorzubeugen zu wollen. Es soll vielmehr sorgsam darüber gewacht werden, ob sich vielleicht doch als eine Wirkung

der neuen Steuergeetze eine solche Verschiebung noch herausstellen wird und ihr eventuell mit einem neuen Aenderungsgeetze entgegen getreten werden. Danach läßt sich erwarten, daß in einer der nächsten Sesssionen die jetzt abgelehnten Forderungen bezüglich der Bildung der Wahlerabtheilungen werden nachgeholt werden können.

Zimmer feier und ausgedehnter wird die Opposition, welche in den Centrumskreisen Herrn Dr. Lieber bezüglich seiner Bestrebungen auf Verwerfung der Militärvorlage entgegengesetzt wird. Herrn von Schorlemer-Mst, welcher mit anerkennenswerther Offenheit zuerst gegen den Fraktionswahlausruf Stellung nahm und auch zuerst den Muth hatte, seine demselben entgegengesetzte Meinung zu betheiligen, hat sich ein großer Theil angelegener Centrumsmitglieder Westfalens angeschlossen. Dieselben haben in einigen Wahlkreisen eigene Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt. Sodann aber hat das Beispiel Schorlemers anfeuernd und belebend auch auf andere Freunde der Militärvorlage im Centrum gewirkt. Herr von Huene hat nun gleichfalls erklärt, daß er ein Reichstagsmandat annehmen werde, um eventuell für die Militärvorlage zu stimmen. Der frühere Abgeordnete Graf Matuschka hat der Centrumsfraktion, wie sie jetzt von Herrn Dr. Lieber geführt wird, einen kräftigen Abjagebrief geschrieben, aus dessen nationalen Worten man darauf schließen kann, wie wenig nationaler Sinn in den Reihen der Lieberischen Centrumsleute zu finden ist. Zudem finden sich immer mehr Centrumskandidaten und zwar solche, welche mit Dr. Lieber nicht gebrochen haben, die sich die Freiheit der Entscheidung bei der demnächstigen Abstimmung über die Militärvorlage vorbehalten, die sich also an den auf die Ablehnung der letzteren verpflichtenden Fraktionswahlausruf nicht fehen. Nach alledem erscheint es wahrscheinlich, daß auch in dem neuen Reichstage sich in Centrumskreisen einige Stimmen für die Militärvorlage vernehmen lassen werden. Damit sind die Aussichten für das Zustandekommen der Militärvorlage nicht ohne glänzenden geworden. Man muß bedenken, daß sich im alten Reichstage zwölf Centrumsstimmen auf den Kompromißantrag Huene vereinigt hatten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Schorlemerische Richtung im ersten Anlaufe soviel Siege erringen wird. Zunächst gilt es deshalb, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Anhänger der Militärvorlage sich in den einzelnen Wahlkreisen nicht wegen anderweitiger politischer Fragen bekämpfen und durch Aufstellung mehrerer Kandidaten die Aussichten der Gegner der Vorlage verbessern. Namentlich sollte hiervon überall abgesehen werden, wo dadurch dem Gegner erst das Hineinkommen in die Stichwahl ermöglicht wird. Und wenn schon mehrere Kandidat nominirt sein sollten, sollten über das Fallenlassen der einzelnen Kandidaturen Verständigungen zwischen den Parteien stattfinden, bei denen ja ein Ausgleich für die verschiedenen Wahlkreise stattfinden könnte. Die Opposition könnte in dieser Beziehung zum Muster dienen. Volkspartei, Socialdemokratie und Lieberische Richtung haben sich bereits vielfach dahin stillschweigend verständigt, daß die Partei, welche in einem Kreise geringere Chancen als die andere hat, gar keinen Kandidaten aufstellt. Sodann aber ist nun die Zeit gekommen, wo die Einzelagitator aufkommen werden sollte. Gewiß ist das Verbreiten von Flugblättern, das Abhalten von Versammlungen, wie überhaupt die Wahlagitator nach Außen sehr verdienstlich und wird, richtig betrieben, ihren Zweck nicht verfehlen. Jedoch die Anhänger der Militärvorlage, welche in die Versammlungen gehen, brauchen nicht erst zum Gang zur Wahlurne bestimmt zu werden. Es sind dies zielbewußte Politiker, welche sich aus den Versammlungen nur neue Anregung holen. Dagegen ist die Schaar Derer, welche einer Wahl indifferent gegenüber stehen, immer groß gewesen. Unter diesen muß die Werbung von Haus zu Haus vorgenommen werden. Die Anhänger der Militärvorlage haben dem Vaterlande gegenüber nicht bloß die Pflicht, am Wahltag ihre Wahlzettel für einen Kandidaten ihrer Gesinnung abzugeben, sie müssen auch, falls sie ihrer Anschauung zum Siege verheßen wollen, bei jeder nur möglichen Gelegenheit diese indifferenten Elemente zur Stimmabgabe für einen der Vorlage günstig gesinnten Kandidaten zu bewegen suchen. Nur wenn die Agitation von Haus zu Haus energisich betrieben wird, kann auf die Wahl einer Mehrheit für die Militärvorlage gerechnet werden.

Aus Baiern, 1. Juni. Als Symptom für die gänzliche Zerfahrenheit innerhalb der bairischen Centrumpartei ist zu verzeichnen, daß unter dem gestrigen Datum plötzlich das officielle Fraktionsorgan, das „Münchener Fremdenblatt“, sein Erscheinen eingestellt hat. Die Verhandlungen über seinen Ankauf durch die Partei von der das Organ herausgebenden Actiengesellschaft sind lange hinaus gezogen worden, haben sich aber zuletzt endgültig zerstritten, wie es heißt, weil sich Graf Conrad Preysing und der Münchener Universitätsprofessor Frhr. v. Hertling, früher langjähriges Centrumsmitglied für Koblenz, nicht über die dem Organ zu gebende Specialrichtung einigen konnten; auch wünschte angeblich Herr v. Hertling den früheren Chefredacteur Dr. Armin Kaufen, einen geborenen Rheinländer, und später im extremen Sinne in der bairischen Centrumpublicistik thätig, von Neuem an die Spitze zu stellen, was aber aus autochthonen Rücksichten der niederbairischen Magnat ablehnte. Dr. Sigl wird dem verschwundenen offiziellen Centrumsorgan in München wohl keine Thron nachweihen. Der Charakter der jetzigen bairischen Wahlbewegung zeigt sich übrigens darin, daß außer dem Grafen Conrad Preysing auf der Centrumsseite nur ein Adliger candidirt und zwar ein junger Graf Juggler-Kirchberg für Kaufbeuren. Gegen den Grafen Preysing ist in Straubing übrigens Herr Dr. Sigl eine Candidatur angeboten worden, der sie aber im Hinblick auf das erhoffte Reichstagsmandat abgelehnt hat; man spricht dort jetzt von einem Defonomen Wieland, der am 28. Mai bei der Siglischen Versammlung im niederbairischen Markte Pfaffenberg sich besonders hervorgethan haben soll. Der nationalgefinnte und sympathische Graf Conrad Preysing hat sich mit seiner diesmaligen Stellungnahme zu der Militärrage anscheinend zwischen zwei Stühle gesetzt. Im Hinblick auf die Siglische Agitation wollte er am 6. Mai nicht für den Antrag Huene stimmen; was er nicht überlegt hatte, war, daß diese Agitation bei einer Auflösung in der Militärrage unvermeidlich viel gewalthätiger und wirksamer sein mußte, als 1895 bei einer regulären Neuwahl am Schluß einer Legislaturperiode. Dieser Irrthum hat ihn bereits sein Ansehen als Politiker gekostet und wird ihn jetzt auch noch vielleicht das Reichstagsmandat kosten. Wie es übrigens in Baiern bei der Wahlagitator zugeht, beweist die Notiz, daß im niederbairischen Roththal kürzlich einem Bauern nach der Beichte die Absolution verweigert worden ist, weil er dem Bauernbunde angehört. Das „Vaterland“ theilt dies mit großer Entrüstung mit, während es früher über dergleichen Mißbrauch des geistlichen Amtes zu Wahlzwecken wohl milder geurtheilt hat. Aber als Eingeständniß von ultramontaner Seite ist diese Notiz doch recht werthvoll.

Schweiz.

Bern, 1. Juni. Der Chef des Militärcabinetes, Bundesrath Frey, erklärte, daß, falls im nächste Kriege die Neutralität der Schweiz verletzt werden sollte, die Schweizer Armee sofort zu der gegnerischen Partei stoßen werde.

Vermischtes.

Wegen verleumderischer Beleidigung ist auf Antrag des Landgerichts Leipzig der „gewesene Talmudschüler, jetzt Schriftsteller und Orientalist“ Paulus Meyer, geboren 1862 in Wraglawek in Rußland, evangelisch getauft 1887, in Wien verhaftet worden. Das Ansuchen, ihn zu verhaften, erfolgte, dem „W. Fremd.-Bl.“ zufolge, auf Grund einer von Meyer verfaßten Broschüre: „Schafe im Wolfspelz und Wölfe im Schafspelz“, in welcher der Verfasser gegen die protestantischen Missionsgesellschaften zu Felde zog und insbesondere dem gewissen Hofprediger Stöcker sowie dem Prof. Strauß Verbrennen, die nicht näher bezeichnet werden können, zum Vorwurf macht. Der Verhaftete hat sich vor einigen Wochen durch die in einem Wiener Journale erfolgte Schilderung eines Ritualmordes, der sich angeblich im Jahre 1875 in „Ditrowo“ im Gouvernement Lublin zugetragen haben soll, bemerkbar gemacht. Meyer, der Empfehlungen des Prof. Köhling in Prag vorwies, erzählte in dem betreffenden Artikel, daß er selbst Augen- und Ohrenzeuge jenes Ostrower Ritualmordes gewesen sei und führte sogar den Namen des Rabbiners, der den Ritualmord geleitet, sowie die Namen aller bei demselben Anwesenden an. Selbstverständlich nannte er auch den Namen des ermordeten Knaben. Die bisherigen Erhebungen haben ergeben, daß der von Meyer